

Satzung

der

**Landeszentrale für
Gesundheitsförderung
in Rheinland-Pfalz e.V.**

Hinweis: Alle geschlechtsspezifischen Zuordnungen möchte die LZG wegen der besseren Lesbarkeit in gleichem Maße weiblich oder männlich verstanden wissen.

Materialien zur Gesundheitsförderung
LZG-Schriftenreihe Nr. 59

(Stand: 25. Oktober 2007)

**Satzung
der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in
Rheinland-Pfalz e. V. (LZG)**

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen
„Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V.“
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Mainz und ist im Vereinsregister eingetragen.
- (3) Der Verein ist eine freie, unabhängige, politisch und konfessionell nicht gebundene Vereinigung.
- (4) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Allgemeiner und besonderer Zweck

- (1) Der Zweck des Vereins ist die Erhaltung und Förderung des körperlichen, seelisch-geistigen und sozialen Wohlbefindens der Bürger des Landes Rheinland-Pfalz durch eine umfassende Gesundheitsförderung auf wissenschaftlicher Grundlage.
- (2) Der Verein stellt sich insbesondere folgende Aufgaben:
 1. Planung und Koordinierung der Bestrebungen auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung,
 2. Zusammenarbeit mit Behörden und gesetzgebenden Körperschaften zur Vermittlung von Anregungen zur Gesundheitsförderung,
 3. Erfahrungsaustausch, Abstimmung und Zusammenarbeit mit den auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätigen Behörden, Körperschaften, Organisationen und Einrichtungen und den anderen Landes- und Bundesausschüssen und –arbeitsgemeinschaften sowie internationalen Gremien zur Gesundheitsförderung,
 4. Entwicklung, Auswertung, Sammlung und Verbreitung von Materialien zur Gesundheitsförderung,
 5. Erarbeitung von Grundsätzen über Form und Inhalt der Gesundheitsförderung,
 6. Mitwirkung in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Personen, die für die Gesundheitsförderung tätig sind,
 7. Durchführung eigener Aktionen und Unterstützung Dritter bei Maßnahmen zur Gesundheitsförderung,
 8. Beratung in Fragen der Gesundheitsförderung,
 9. Bildung und Unterstützung regionaler Arbeitskreise für Gesundheitsförderung,
 10. Öffentlichkeitsarbeit für die Bevölkerung unter Zuhilfenahme aller geeigneten und verfügbaren Medien,
 11. Planung, Durchführung und Auswertung von Pilotprojekten zur Gesundheitsförderung.
- (3) Der Verein kann anderen Organisationen und Vereinen als Mitglied beitreten, soweit dies den Zielen des Vereins förderlich ist.

§ 3 Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verein verfolgt unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig; Mittel und etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
- (3) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (4) Alle Inhaber von Vereinsämtern sind ehrenamtlich tätig, ausgenommen der Geschäftsführer.

§ 4 Mitgliedschaft

- (1) Ordentliche Mitglieder des Vereins können sein:
 1. Juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts,
 2. Arbeitsgemeinschaften, Verbände und Vereinigungen,
 3. natürliche Personen,die für die Gesundheitsförderung von Bedeutung sind.
- (2) Außerordentliche Mitglieder als Förderer des Vereins können sein:
 1. Juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts,
 2. Arbeitsgemeinschaften, Verbände und Vereinigungen,
 3. natürliche Personen,soweit sie die Ziele der Landeszentrale in besonderer Weise unterstützen.
- (3) Über den Antrag zur Aufnahme als Mitglied entscheidet der Vorstand. Auf Antrag eines Vorstandsmitglieds ist geheim abzustimmen. Bestätigung oder Ablehnung des Aufnahmeantrags ist dem Antragsteller alsbald nach erfolgtem Vorstandsbeschluss schriftlich mitzuteilen; sie bedarf keiner Begründung.
- (4) Die Mitgliedschaft endet
 1. durch Tod (bei natürlichen Personen) oder Auflösung (bei juristischen Personen) eines Mitglieds,
 2. durch Austritt eines Mitglieds,
 3. durch den Ausschluss eines Mitglieds,
 4. bei Beitragsrückstand und fruchtloser, schriftlicher Mahnung zum Schluss des Geschäftsjahres.
- (5) Der Austritt eines Mitglieds (Absatz 4.2) muss mittels eingeschriebenen Briefes zum Schluss eines Geschäftsjahres mit einer Frist von 3 Monaten erklärt werden.

- (6) Der Antrag auf Ausschluss eines Mitglieds (Absatz 4.3) kann von jedem Mitglied gestellt werden. Über den Antrag entscheidet der Vorstand mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder. Vor der Entscheidung ist dem Mitglied Gelegenheit zur Gegendarstellung zu geben. Die Entscheidung ist dem Mitglied schriftlich zuzustellen. Gegen die Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung beim Vorstand schriftlich Widerspruch eingelegt werden. Hierüber entscheidet die nächste Mitgliederversammlung mit Dreiviertelmehrheit (s. § 8, Absatz 3, Satz 8). Bis dahin ruhen die Mitgliedsrechte.
- (7) Personen, die sich hervorragende Verdienste um die Vereinsbestrebungen erworben haben, können auf Vorschlag des Vorstands durch Beschluss der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern des Vereins ernannt werden. Sie haben dieselben Rechte wie andere Vereinsmitglieder, sind aber nicht zur Zahlung von Jahresbeiträgen verpflichtet.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder des Vereins haben das Recht,
 1. zur Teilnahme an den Mitgliederversammlungen; die Ausübung von Rechten der Mitgliederversammlung (§ 8, Absatz 3) ist den ordentlichen (§ 4, Absatz 1) und Ehrenmitgliedern (§ 4, Absatz 7) vorbehalten,
 2. zur Teilnahme an den öffentlichen Veranstaltungen des Vereins,
 3. zur Benutzung der Einrichtungen des Vereins im Rahmen der Vereinsziele,
 4. zum Bezug der Veröffentlichungen des Vereins.
- (2) Die Mitglieder des Vereins haben die Pflicht,
 1. sich in ihrem Wirkungsbereich für die Gesundheitsförderung einzusetzen,
 2. für die Zusammenarbeit aller Mitglieder auf allen Gebieten einzutreten,
 3. mit den anderen Mitgliedern des Vereins bei der Durchführung der Gesundheitsförderung den bestmöglichen Erfolg anzustreben.

§ 6 Finanzierung des Vereins

- (1) Die für die satzungsmäßigen Aufgaben und die Geschäftsführung des Vereins erforderlichen Mittel werden aufgebracht:
 1. durch Zuschüsse des Landes Rheinland-Pfalz,
 2. durch Beiträge der ordentlichen Mitglieder,
 3. durch Förderungsbeiträge der außerordentlichen Mitglieder,
 4. durch Spenden,
 5. durch projektgebundene Zuwendungen Dritter.
- (2) Die Beiträge der ordentlichen Mitglieder (Absatz 1.2) sind nach der Selbsteinschätzung jedes Mitglieds, mindestens jedoch in der Höhe des von der Mitgliederversammlung festgesetzten Grundbeitrages zu entrichten.
- (3) Die Beiträge werden jeweils im ersten Quartal eines jeden Geschäftsjahres fällig.

§ 7 Organe des Vereins

Die Organe des Vereins sind:

1. Die Mitgliederversammlung (§ 8),
2. Der Vorstand (§ 9),
3. Das Kuratorium (§ 11).

§ 8 Die Mitgliederversammlung

- (1) Ordentliche Mitgliederversammlungen finden jährlich, möglichst zu Beginn des Geschäftsjahres, statt. Sie werden vom Vorsitzenden des Vereins unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von 4 Wochen schriftlich einberufen. Ort und Zeit der Mitgliederversammlung werden vom Vorstand bestimmt und sind mit der Einladung zu der Mitgliederversammlung allen Mitgliedern bekannt zu geben.
- (2) Außerordentliche Mitgliederversammlungen können nach Bedarf einberufen werden. Sie müssen innerhalb von dreißig Tagen mit einer Einladungsfrist von mindestens zwei Wochen abgehalten werden, wenn ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich beantragt oder der Vorstand dies mehrheitlich für erforderlich hält. Im übrigen gilt Absatz 1 entsprechend.
- (3) Die Mitgliederversammlung ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:
 1. Beratung und Beschlussfassung von Richtlinien für die Tätigkeit des Vereins,
 2. Genehmigung des Haushaltsplanes und der Jahresrechnung,
 3. Entgegennahme des Tätigkeits- und Rechenschaftsberichts des Vorstands und dessen Entlastung,
 4. Wahl der wählbaren Mitglieder des Vorstands,
 5. Festsetzung der Höhe des Grundbeitrages der ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder,
 6. Beschlussfassung über die eingebrachten Anträge,
 7. Beschlussfassung über Änderung der Satzung oder über die Auflösung des Vereins,
 8. Beschlussfassung über den Widerspruch gegen einen Ausschließungsbeschluss des Vorstandes,
 9. Ernennung von Ehrenmitgliedern,
 10. Berufung von zwei Rechnungsprüfern und deren Stellvertretern aus den Reihen der Mitglieder.
- (4) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen ist (Absatz 1 oder Absatz 2). Sie beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Jedes Mitglied hat eine Stimme, Delegation auf bis zu 2 Stimmen ist möglich.
- (5) Die Abstimmung über die in Absatz 3 Nr. 7 und 8 aufgeführten Punkte bedarf der Anwesenheit von mindestens der Hälfte der ordentlichen und einer Mehrheit von Dreiviertel der anwesenden ordentlichen Mitglieder. Ist die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung (Absatz 1 oder Absatz 2) wegen Nichterreichens der Hälfte der Mitglieder (Absatz 4, Satz 3) nicht beschlussfähig, so ist eine innerhalb eines Monats einberufene weitere Mitgliederversammlung mit gleicher Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen ordentlichen Mitglieder beschlussfähig, wenn in der zweiten Einladung hierauf ausdrücklich hingewiesen wird.

- (6) Anträge zur Tagesordnung müssen mindestens zehn Tage vor der Mitgliederversammlung mit Begründung schriftlich eingereicht werden. Über die Behandlung nicht fristgemäß eingereicherter Anträge kann die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschließen.
- (7) Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Vorsitzende des Vereins oder ein Stellvertreter. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und das jeweilige Abstimmungsergebnis sind in einer Niederschrift festzuhalten. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden der Mitgliederversammlung und dem Schriftführer zu unterzeichnen.

§ 9 Der Vorstand des Vereins

- (1) Der Vorstand besteht aus:
 1. dem Vorsitzenden,
 2. zwei stellvertretenden Vorsitzenden,
 3. acht Beisitzern,
 4. einem Vertreter des zuständigen Ministeriums, Abteilung Gesundheit, der als Vorstandsmitglied für die Amtsperiode delegiert wird,
 5. dem Geschäftsführer mit Antrags- und Beratungsrecht.
- (2) Zu Vorstandsmitgliedern können nur natürliche Personen von der Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt werden. Bei Stimmgleichheit wird der Wahlvorgang wiederholt. Bei erneuter Stimmgleichheit entscheidet das Los, das von dem jüngsten Anwesenden gezogen wird. Das Nähere regelt § 6 der Geschäftsordnung.
- (3) Der Vorsitzende, im Verhinderungsfall ein Stellvertreter
 1. vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich im Sinne des § 26, Absatz 2, BGB,
 2. beruft die Sitzungen der Mitgliederversammlung und des Vorstands ein und führt den Vorsitz,
 3. bestimmt für diese Sitzungen einen Schriftführer, dem die Fertigung der Niederschrift über die Verhandlungen der Organe des Vereins, die Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis obliegt. Er kann sich dazu durch einen Mitarbeiter der LZG unterstützen lassen.
- (4) Der Vorstand wird von dem Vorsitzenden mindestens zweimal jährlich einberufen. Er muss zusätzlich innerhalb von zwei Wochen einberufen werden, wenn dies von mindestens drei Vorstandsmitgliedern unter Angabe von Gründen schriftlich beantragt wird.
- (5) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung der Mitgliederversammlung zugewiesen sind. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:
 1. Beschlussfassung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern,
 2. Erstattung des Tätigkeits- und Rechenschaftsberichtes gegenüber der Mitgliederversammlung,
 3. Festsetzung des Haushaltsplanes und Aufstellung der Jahresrechnung,
 4. Leitung des Vereins nach Maßgabe der Satzung und der gefassten Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
 5. Berufung von Fachbeiräten (§ 11),

6. Beschlussfassung über den Beitritt des Vereins zu Verbänden, Vereinen und sonstigen Organisationen,
 7. Einstellung eines Geschäftsführers,
 8. Personalplanung.
- (6) Der Vorstand beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.
- (7) Die Amtszeit des gewählten Vorstands sowie der Rechnungsprüfer beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Der Vorstand führt die Geschäfte über diese Amtszeit hinaus bis zur Neuwahl fort. Für eventuell vorzeitig ausscheidende Vorstandsmitglieder kann die Mitgliederversammlung zwei Ersatzmitglieder wählen, die in der Reihenfolge der erreichten Stimmenzahl für die restliche Wahlperiode nachrücken.
- (8) Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 10 Geschäftsführung

- (1) Der Vorstand kann für die allgemeine Geschäftsführung und zur Leitung der Verwaltung einen Geschäftsführer einstellen (§ 9, Absatz 5, Nr. 7), der Mitglied des Vorstandes ist (§ 9, Absatz 1, Nr. 5).
- (2) Der Geschäftsführer führt die Geschäfte des Vereins nach Maßgabe der Beschlüsse der Organe und nach Weisung des Vorsitzenden. Er kann zur Bewirkung von Zahlungen bis zu einer vom Vorstand festzusetzenden Höhe ermächtigt werden.
- (3) Der Geschäftsführer ist Vorgesetzter der Angestellten des Vereins.

§ 11 Kuratorium

- (1) Das Kuratorium soll aus bis zu 10 Vertreterinnen und Vertretern aus dem öffentlichen Leben bestehen. Vorsitzender ist der für Gesundheit zuständige Minister.
- (2) Die Mitglieder des Kuratoriums üben ihr Amt ehrenamtlich, unabhängig und höchstpersönlich aus. Sie werden von dem für Gesundheit zuständigen Minister auf Vorschlag des Vorstandes für die Dauer der Amtszeit des LZG-Vorstandes berufen. Eine Wiederberufung ist möglich.
- (3) Das Kuratorium unterstützt und berät den Verein und seinen Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben gemäß § 2.
- (4) Mindestens einmal jährlich findet eine Sitzung des Kuratoriums statt, zu der dessen Vorsitzender einlädt. An der Sitzung nehmen der Vorsitzende und der Geschäftsführer der LZG teil.
- (5) Im übrigen regelt das Kuratorium seine Arbeitsweise in einer Geschäftsordnung.

§ 12 Fachbeiräte

- (1) Der Vorstand kann zur Beratung des Vereins in allen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung und zur Erarbeitung fachlicher Grundlagen für seine Tätigkeit anlassbezogen einen oder mehrere Fachbeiräte berufen.
- (2) Mit Erfüllung der dem Fachbeirat übertragenen Aufgabe ist dessen Tätigkeit beendet.

§ 13 Verteilung des Vermögens im Falle der Auflösung des Vereins

Bei Auflösung des Vereins (§ 8, Absatz 3, Nr. 7) fällt das nach Deckung der Verbindlichkeiten noch vorhandene Restvermögen des Vereins dem Lande Rheinland-Pfalz zu, das es gemeinnützigen gesundheitsfördernden Zwecken zuzuführen hat.